

VERWALTUNGSSTRUKTUR IN SCHWEDEN

Kommunal statt föderal

Von Falk Schäfer

Blick über den Gartenzaun soll heißen, dass wir über bundesrepublikanische Rechtsordnungen hinausschauen und Impulse für die Fortentwicklung des deutschen Gemeinwesens auch jenseits unserer Grenzen suchen wollen. Der Blick nach Norden über die Ostsee hinweg erscheint dabei besonders lohnenswert. Schließlich liegen dort die erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas mit ausgeprägten sozialen Standards, einem geringen Wohlstandsgefälle und einem hohen Bildungsniveau. Lesen Sie im Folgenden einen kurzen Überblick über die Verwaltungsstruktur in Schweden mit dem Fokus auf die kommunale Verantwortung.

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung steht Schweden recht gut da. Bis zum Jahr 2030 ist noch von einem Geburtenüberschuss auszugehen. Die Zahl der Zugewanderten übertrifft deutlich, die derer, die das Land verlassen. Die Geburtenrate liegt zwar auch in Schweden deutlich unter dem Reproduktionsniveau, innerhalb der EU nimmt das Land jedoch einen Spitzenplatz ein. All diese Zahlen sorgen dafür, dass Schweden in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen wird. Etwa im Jahr 2020 wird die schwedische Bevölkerung die Marge von zehn Millionen durchstoßen haben. Danach wird die Bevölkerungskurve deutlich abflachen, sodass nicht damit zu rechnen ist, dass auch die elf Millionen-Grenze erreicht werden wird.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass unsere nördlichen Nachbarn als Musterknaben Europas dastehen – nicht nur in Bezug auf die Demografie, sondern auch bei den Wirtschaftsdaten, bei der Arbeitslosigkeit und beim Bildungsniveau. Generell ist zu konstatieren, dass das skandinavische Modell mit hohen Steuern, starker kommunaler Verantwortung und ohne wild wachsenden Kapitalismus das erfolgreichste Europas, wenn nicht gar der Welt ist. Die guten Durchschnittszahlen sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Schweden nicht frei von Problemen ist. Die Spitzenstellung ist nicht naturgegeben, sondern die Folge einer bedachten Politik.

Schweden war in den 90er Jahren eher ein Sorgenkind Europas. Schon unter Olof Palme vollzog sich das Wirtschaftswachstum deutlich langsamer, als im EU-Durchschnitt. Nachdem der Staat mit einer Liberalisierung des Kreditmarktes reagierte, schlug das Pendel in die andere Richtung aus. Das Land erlebte Anfang der 90er Jahre eine Wirtschafts- und Finanzblase und danach die schwerste wirtschaftliche Krise seiner Geschichte. Zwischen 1990 und 1993 sank das Bruttoinlandsprodukt um fünf, und die Beschäftigungsquote um fast zehn Prozent. Das Haushaltsdefizit betrug 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, was der Auslöser für eine einschneidende Reform des Verwaltungsapparates war. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Reform kommunale Verantwortung

stärkte und die nationalstaatliche Ebene deutlich verschlankte. Die lokale Selbstverwaltung in Schweden hat ihre Wurzeln im Mittelalter und wurde in der Gemeindeordnung von 1862 erstmals in ein Gesetz gefasst. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden diese Strukturen sukzessive modernisiert. Die ursprünglich 2.500 Gemeinden wurden zu 278 kommunalen Einheiten zusammengefasst. Der Begriff Gemeinde kann aus der deutschen Perspektive etwas missver-

Wir haben uns daran gewöhnt,
dass unsere nördlichen
Nachbarn als Musterknaben
Europas dastehen.

Falk Schäfer

ständlich sein. Denn die Hauptstadt Stockholm ist genauso eine Gemeinde, wie die Erzbergbauregion um Kiruna – auch wenn letztere genauso groß ist, wie das Bundesland Sachsen. Im Durchschnitt sind schwedische Gemeinden deutlich größer, als ihre deutschen Entsprechungen. Bei einer neunmal höheren Einwohnerzahl hat Deutschland etwa 40mal mehr Gemeinden. Zusätzlich ist es in Schweden deutlich einfacher, in Kommunalverbänden mit den Nachbarn zusammenzuarbeiten, um die Erfüllung bestimmter Aufgaben zu optimieren.

Das Kommunalgesetz von 1992 regelt eindeutig die kommunale Selbstverwaltung in Schweden. Der schwedische Reichstag hat den Kommunen obligatorische Verwaltungsaufgaben auferlegt, die sich mit den Anforderungen der Daseinsvorsorge in Deutschland vergleichen lassen und – etwa im Schulwesen – auch darüber hinaus gehen. Wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden ist die von ihnen selbst erhobene Einkommenssteuer, mit der mehr als die Hälfte der kommunalen Haushalte gedeckt werden. Eine weitere schwedische Besonderheit ist, dass die Wahlen zu Kommunal-, Provinzial- und Nationalparlamenten alle vier Jahre an einem bestimmten Stichtag erfolgen. Die

gewählten Akteure haben daher vier Jahre Zeit, in Ruhe ihre Programme zu implementieren. Wie die Gemeinden ihre Arbeit organisieren, bleibt ihnen selbst überlassen. Die Ebene der 21 schwedischen Provinzen hat dagegen deutlich weniger Kompetenzen, als etwa die deutschen Bundesländer. Auch auf der nationalstaatlichen Ebene sind nach den wirtschaftlichen Krisenjahren einschneidende Reformen erfolgt. Ähnlich wie in Deutschland wurden staatliche Dienstleistungen in unabhängige Konzerngesellschaften umgewandelt. Dies betraf das Post-, das Bahnwesen, die Telekommunikation und die Energieversorgung. Mit der Deregulierung staatlicher Monopole konnte die Zahl der Beamten deutlich reduziert werden. Die Verantwortung für die Grund- und Oberschulbildung wurde auf die kommunale Ebene verlagert. Das Militär wurde deutlich verschlankt und mit der Trennung der Kirche von der schwedischen Krone wurden 3.500 Priester aus dem Staatsdienst entlassen. Die schwedische Verwaltungsstruktur unterscheidet sich auf nationalstaatlicher Ebene erheblich von den europäischen Nachbarn.

Die Ministerien selbst sind mit insgesamt 4.800 Beschäftigten sehr schlank. Personalanordnungen und Instruktionen werden an regierungsnahen Agenturen weitergeleitet. Dort werden politische Vorgaben exekutiert und implementiert. Die 370 Agenturen handeln eigenverantwortlich. Das Modell der öffentlichen Verwaltung in Schweden erlaubt ihnen einen hohen Grad an Autonomie bei der Wahrnehmung ihrer exekutiven Vollmachten. Das Konzept des ministeriellen Durchregierens ist in Schweden verboten. Andererseits sind die Regierungsentwürfen gesetzlich dazu verpflichtet, politische Entscheidungen effizient und hochqualitativ umzusetzen, um der Öffentlichkeit erstklassige Leistungen anbieten zu können. Wenn Deutschland ein Föderalstaat ist, dann lässt sich das schwedische Modell am ehesten als dezentral ausgerichteter Kommunalstaat beschreiben – ein Modell, mit dem in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Erfolge erzielt worden sind.


www.sweden.gov.se